

durchgehend besetzten Polizeidienststellen beziffert der Innenminister auf etwa 30 Millionen DM, die jährlichen Unterhaltungskosten ab 1981 auf rund 10 Millionen DM. WZ

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Beske: Arbeitsmedizin hilft Unfälle verhüten

Auf die wachsende Bedeutung der Arbeitsmedizin für die gesundheitliche Versorgung der arbeitenden Bevölkerung hat der Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Sozialministerium, Prof. Dr. med. Fritz Beske, hingewiesen. Beske hob insbesondere die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten hervor. Prof. Beske sprach anlässlich der Einweihung der Außenstelle Itzehoe des Werksarztzentrums Mittelholstein, das vom regionalen Unternehmerverband getragen wird und jetzt 45 Betriebe mit 13 778 Arbeitnehmern betreut. Insgesamt gibt es jetzt in Schleswig-Holstein 12 Arbeitsmedizinische Zentren mit drei Nebenstellen und 46 Ärzten, die zusammen 258 Betriebe mit rund 65 000 Arbeitnehmern versorgen. Hinzu kommen ein mobiles Arbeitsmedizinisches Zentrum des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften für 24 Betriebe mit 2500 Arbeitnehmern an der Westküste sowie ein arbeitsmedizinischer Dienst der Bau-Berufsgenossenschaft, der von Hamburg aus etwa 65 000 Arbeitnehmer betreut.

Mit weiteren 465 Ärzten mit der Berechtigung zum Führen der Zusatzbezeichnung „Arbeitsmedizin“ bezeichnete Staatssekretär Beske die arbeitsmedizinische Versorgung in Schleswig-Holstein im Vergleich mit Ländern ähnlicher Wirtschaftsstruktur als gut. Erfreulich sei das zunehmende Interesse junger Mediziner, wenn auch noch nicht alle Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten voll genutzt würden. yn

## WESTFALEN-LIPPE

### KV fordert Zulassung von Spikes-Reifen

Angesichts der durch den strengen Winter in der ersten Januarhälfte bedingten katastrophalen Straßen- und Verkehrsverhältnisse hat der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dr. Gustav Nitz, die Aufhebung des Verbotes von Spikes-Reifen gefordert. „Jeder Verkehrstote ist ein Toter zuviel“, erklärte Dr. Nitz. Die Verschleißdecken der Straßenbeläge könnte man im Frühjahr wieder ersetzen, Menschenleben jedoch nicht. Außerdem seien die Schäden an Straßen und Autos durch das Streuen mindestens so groß wie die durch Spikes-Reifen.

## ZITAT

### Öffentlicher Dienst ungeeignet

„Wo persönliche Dienstleistungen notwendig sind, die von lebenswichtigem Interesse für die Betroffenen sind, ist ‚Öffentlicher Dienst‘ ungeeignet. Das haben die Erfahrungen an den Krankenhäusern gezeigt. Persönliche Zuwendung wird am besten durch eine eigene Entscheidung und persönliche Vertragsbeziehungen, unterstützt durch eine leistungsbezogene Honorierung, hervorgerufen. Hier zeigt sich auch ein Weg, die allseits beklagte Unpersönlichkeit in der stationären Krankenbehandlung abzubauen.“

Dr. med. Ernst-Eberhard Weinhold, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Nordholz, in: „Die Welt“ vom 16. Januar 1979

Dr. Nitz wies weiterhin auf den beträchtlichen Streß hin, dem die Autofahrer durch die Gefährdung auf den winterlichen Straßen ausgesetzt sind und der noch nicht zu übersehende Dauerschäden an Nerven und Kreislauf zur Folge haben werde.

Der KV-Vorsitzende schlug zusätzlich vor, für die Dauer der Genehmigung von Spikes-Reifen eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 Stundenkilometern einzuführen. ÄP-WL

## BERLIN

### AOK erhöht Freiwilligen-Beiträge

Ein freiwillig Versicherter mit über 3000 DM Monatseinkommen muß seit Anfang 1979 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin 312 DM Monatsbeitrag zahlen, also 46 DM mehr als bisher. Für die Mehrzahl der rund 84 440 freiwillig Versicherten der AOK hat die Vertreterversammlung im Dezember 1978 Beitragserhöhungen zwischen 2 und 39,1 Prozent beschlossen. Die Pflichtversicherten bezahlen im allgemeinen weiterhin den Beitragssatz von 11,6 Prozent.

AOK-Vorstandsvorsitzender Dr. Horst Martin erklärte, unter günstigen Voraussetzungen erscheine eine Senkung des allgemeinen Beitragssatzes der Pflichtversicherten von bisher 11,6 auf 11,5 oder sogar 11,4 Prozent möglich.

AOK-Geschäftsführer Dr. Michael Noetzel wandte sich gegen die Forderung des Senats für Gesundheit und Umweltschutz nach einer mehr als zwölfprozentigen Erhöhung der Pflegesätze der städtischen Krankenhäuser. Dies zeige, daß der Senat gar nicht daran denke, „sich mit seinen eigenen Krankenhäusern nach dem Kostendämpfungsprinzip der Konzertierten Aktion zu richten“. zel